IMT Nuremberg Archives

H – 1864

International Court of Justice

H1864 – 0001

H1864-0002

Nürnberg, den 12. Juni 1946

# Bestätigung.

Ich bestätige, dass die anliegenden Auszüge aus dem Werk

" Schulthess' Europäischer Geschichtskalender,"
herausgegeben von Ulrich Thürauf,
Neue Folge, 48. Jahrgang, der ganzen Reihe
73. Band, 1932,
C.H. Beck'sche Verlagsbuchhandlung,
München 1933

richtig abgeschrieben sind.

Das Werk ist in der Universitätsbibliothek in Erlangen vorhanden.

(Dr. Kubuschok)

INTERNATIONAL MILITARY TRIBUNAL
NURNBERG, GERMANY
v. Papen Exhibit 1
Filed June 14, 1946

H1864 - 0003



1

Aus: Schulthess' v.Papen Dok.1
Europäischer Geschichtskalender

Herausgegeben von Ulrich Thürauf
Neue Folge. Achtundvierzigster Jahrgang
Der ganzen Reihe 73. Band
1932.

C.H. Beck'sche Verlagsbuchhandlung
München 1933.

1./2.Juni. Bildung des neuen Kabinetts v.Papen.

. . . . Das neue Kabinett zeigt folgende Zusammensetzung: Reichskanzler: v. P a p e n ; Inneres: Mitgl.des Reichsrats Frhr. v. G a y l ; Auswärtiges: Frhr. v. N e u r a t h , bisher Botschafter in London; Finanzen: Graf S c h w e r i n v. K r o s i g k , bisher MinDir. im Reichsfinanzmin.; Wirtschaft: Prof. Dr. W a r m b o l d , zuletzt Vorstandsmitgl. der IG.=Farben; Reichswehr: Genlt. v. S c h l e i c h e r , Vorstand des Ministeramts im Reichswehrmin.; Justiz: Dr. G ü r t n e r , bisher bayer. Justizmin.; Ernährung und Ostkommissar: Regg.spräs. a.D. Frhr. v. B r a u n , seit 1926 GenDir.der Raiffeisengenossenschaft; Post und Verkehr: Frhr. v. E l t z = R ü b e n a c h , bisher Präs. der Reichsbahndir. Karlsruhe; Arbeit: vorläufig Dr. W a r m b o l d . (Wegen des Arbeitsmin. schweben noch Verhandlungen mit Oberbürgermeister Dr. Goerdeler, Leipzig.) . . . .

Nach der Vereidigung des neuen Kab. durch Hindenburg tritt dasselbe zur ersten formalen Sitzung zusammen. Kurz darauf empfängt v. P a p e n die deutsche Presse, er betont dabei u.a., wie schwer ihm der Entschluß, das Amt zu übernehmen, nicht nur wegen der unerhörten Sorgen, die es bringe, geworden sei, sondern besonders auch, weil es ihn geschmerzt habe, sich auf den Platz eines Menschen zu setzen, dem er sehr nahe gestanden habe. Er habe nichts sehnlicher gewünscht, als daß Brüning das von ihm vor zwei Jahren begonnene Werk hätte zum Erfolg führen können. Das Werk bleibe, es gehöre der Geschichte an, und wenn auch die Menschen wechselten, so seien die Nachfolger zur Weiterarbeit an ihm berufen. . . . .

. . . . Noch am 2. Juni richtet er daher an Kaas, den Vors. der Ztr.p., ein Schreiben, in dem er die Motive auseinandersetzt, aus denen heraus er "nicht als Parteimann, sondern als Deutscher" dem Ruf des Reichspräs. gefolgt sei. Denn "die seelische und materielle Lage des deutschen Volkes verlange gebieterisch die Synthese aller wahrhaft nationalen Kräfte, aus welchem Lager auch immer sie kommen mögen". . . . .

INTERNATIONAL MILITARY TRIBUNAL
NURNBERG, GERMANY
v.Papen Exhibit 1
Filed June 14, 1946

H1864-0004



4. Juni. Auflösung des Reichstags.(Erkl.der Reichsregg.)

. . . . In einer der schwersten Stunden der vaterländischen Geschichte übernimmt die neue Regg. ihr Amt. Das deutsche Volk steht in einer seelischen und materiellen Krise ohne Vorgang. Die Opfer, die von ihm verlangt werden, wenn der dornige Weg zur inneren und äußeren Freiheit mit Aussicht auf Erfolg gegangen werden soll, sind ungeheuer. Sie können nur ertragen werden, wenn es gelingt, die seelischen Voraussetzungen durch eine Zusammenfassung aller aufbauwilligen und staatserhaltenden, kurzum aller nationalen Kräfte, zu finden. Reichskanzler Dr. Brüning hat als erster den Mut gehabt, eine klare Bilanz der Lage zu fordern, in die uns in erster Linie der Versailler Vertrag und die Auswirkungen der Weltwirtschaftskrise wie auch die Mißwirtschaft der Parlamentsdemokratie gebracht haben. Diese Bilanz, die die heutige Regg. vorfindet, soll das deutsche Volk kennen: Die finanziellen Grundlagen des Reiches, Preußens und der Mehrzahl aller anderen Länder und Gemeinden sind erschüttert. Keine der notwendigen grundlegenden Reformen, die Voraussetzung jeder Gesundung - Verwaltungsreform, Finanzreform, Anpassung unseres staatlichen Lebens an die Armut der Nation - ist über schwache Ansätze hinausgekommen. Die Sozialversicherungen stehen vor dem Bankrott. Die ständig gewachsene Arbeitslosigkeit zehrt trotz allen Arbeitswillens der besten Kräfte am Mark des deutschen Volkes. Die Nachkriegsregg.en haben geglaubt, durch einen sich ständig steigernden Sozialismus die materiellen Sorgen dem Arbeitnehmer wie dem Arbeitgeber in weitem Maße abnehmen zu können. Sie haben den Staat zu einer Art Wohlfahrtsanstalt zu machen versucht und damit die moralischen Kräfte der Nation geschwächt. Sie haben ihm Aufgaben zuerteilt, die er seinem Wesen nach niemals erfüllen kann. Gerade hierdurch ist die Arbeitslosigkeit noch gesteigert worden. Der hierauf zwangsläufig folgenden moralischen Zermürbung des deutschen Volks, verschärft durch den unseligen gemeinschaftsfeindlichen Klassenkampf und vergrößert durch den Kulturbolschewismus, der wie ein fressendes Gift die besten sittlichen Grundlagen der Nation zu vernichten droht, muß in letzter Stunde Einhalt geboten werden. Zu tief ist schon in alle kulturellen Gebiete des öffentlichen Lebens die Zersetzung atheistisch=marxistischen Denkens eingedrungen, weil die christlichen Kräfte des Staates zu leicht zu Kompromissen bereit waren. Die Reinheit des öffentlichen Lebens kann nicht auf dem Wege der Kompromisse um der Parität willen gewahrt oder wiederhergestellt werden. Es muß eine klare Entscheidung darüber fallen, welche Kräfte gewillt sind, das neue Deutschland auf der Grundlage der unveränderlichen Grundsätze der christlichen Weltanschauung aufbauen zu helfen. Die Regg. die in dieser Stunde, erfüllt von ihrer schweren Verantwortung vor Gott und der Nation, die Leitung der Geschicke des Landes übernimmt, ist tief durchdrungen von dem Bewußtsein der Pflichten, die auf ihr liegen. . . . .

. . . . Auf außenpolitischem Gebiet ergeben sich die nächsten und wichtigsten Aufgaben der Reichsregg. aus den im Gange befindlichen oder bevorstehenden internationalen Verhandlungen über die großen Weltprobleme der Abrüstung, der Reparationen und der allgemeinen Wirtschaftskrise. Bei allen diesen Problemen stehen höchste deutsche Lebensinteressen auf dem Spiel. Unser Ziel ist, in friedlichem Zusammenwirken mit den anderen Nationen unserem Vaterland endlich volle Gleichberechtigung, politische Freiheit und die Möglichkeit wirtschaftlicher Gesundung zu verschaffen. Nur ein gleichberechtigtes, freies und wirtschaftlich gesundes Deutschland kann zur Gesundung der Welt beitragen.
. . . .

H1864 -0005



. . . . Aus allen diesen Gründen hat der Herr Reichspräs. sich entschlossen, dem Antr.der Reichsregg.stattzugeben, den Reichstag aufzulösen. . . . .

. . . . Die Regg.wird, unabhängig von den Parteien, den Kampf für die seelische und wirtschaftliche Gesundung der Nation, für die Wiedergeburt des neuen Deutschland führen. . . . .

16. Juni. Der Reichspräs. erläßt eine politische Notvo. betr. Aufhebung des Verbots der SA. und des Uniformtragens sowie betr. Milderungen des Versammlungsrechts.

. . . . In seinem Begleitschreiben an den Reichsinnenmin. erklärt Hindenburg: "Ich habe die mir von der Reichsregg. vorgeschlagenen weitgehenden Milderungen der bish.Vorschriften in dem Vertrauen darauf vorgenommen, daß der politische Meinungskampf in Deutschland sich künftig in ruhigeren Formen abspielen wird und daß Gewalttätigkeiten unterbleiben. Sollte sich diese Erwartung nicht erfüllen, so bin ich entschlossen, mit allen mir verfassungsmäßig zustehenden Mitteln gegen Ausschreitungen jeder Art vorzugehen. Ich ermächtige Sie, diese meine Willensmeinung bekanntzugeben." . . . .

18. Juli. Reichsinnenmin.v Gayl erläßt ein allgemeines Demonstrationsverbot für das ganze Reichsgebiet.

Zur Begründung des Verbots, zu dem der Innenmin. durch die 2. politische Notvo.v.28.Juni (S.115) ermächtigt ist, läßt die Reichsregg.erklären, daß sich die Erwartung des Reichspräs., der in seinem Begleitbrief zur Aufhebung der Demonstrations- und Uniformsverbote die Hoffnung aussprach, der Wahlkampf werde in ruhiger Form geführt werden, nicht erfüllt habe.

20. Juli. (Preußen) Die geschäftsführende Staatsregg. wird abgesetzt und Reichskanzler v.Papen wird zum Reichskommissar ernannt.

Der Reichspräs.verordnet auf Grund des Art. 48 Abs.1 u.2 der RVerf. zur Wiederherstellung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung im Gebiete des Landes Preußen folgendes: Für die Geltungsdauer dieser Vo. wird der Reichskanzler zum Reichskommissar für das Land Preußen bestellt. Er ist in dieser Eigenschaft ermächtigt, die Mitglieder des preuß.Staatsmin. ihres Amtes zu entheben. Er ist weiter ermächtigt, selbst die Dienstgeschäfte des preuß.Min.= Präs.zu übernehmen und andere Personen als Kommissare des Reiches mit der Führung der preuß. Min. zu betrauen. Dem Reichskanzler stehen alle Befugnisse des preuß. MinPräs., den von ihm mit der Führung der preuß.Min.betrauten Personen innerhalb ihres Geschäftsbereiches alle Befugnisse der preuß.Staatsmin. zu. Der Reichskanzler und die von ihm mit der Führung der preuß.Min. betrauten Personen üben die Befugnisse des preuß. Staatsmin.aus. . . . .

. . . . Am Abend rechtfertigt v. P a p e n in einer Rundfunkrede das Vorgehen des Reiches. Einleitend betont er, daß die Reichsregg. sich auf die notwendigsten Maßnahmen "zur Wiederherstellung geordneter Rechtszustände in Preußen" beschränken werde. . . . .

. . . . Wenn z.B. hohe Funktionäre des preuß.Staats ihre Hand dazu bieten, Führern der KPD. die Verschleierung illegaler Terrorabsichten zu ermöglichen; wenn offen ein preuß. Polizeipräs. seine Parteigenossen auffordert, man möge die Kreise des Komm. nicht stören - dann wird die Autorität des Staats von oben her in einer Weise untergraben, die für die Sicherheit des Reiches unerträglich ist. Die Maßnahmen der Reichsregg. richten sich nicht gegen die Selbständigkeit des Landes Preußen. Sie beschränken sich bewußt darauf, die Grundlagen für die Herstellung eines ordnungsmäßigen Rechtszustandes zu schaffen. . . . .

29. Juli. Der Reichspräs.erläßt eine Vo. zur Sicherung des Friedens,

wonach vom 31. Juli bis zum 10.Aug. alle öffentlichen politischen Versammlungen verboten sind.

29. Juli. In einem Interview äußerte sich v. Papen gegenüber den Vertretern der "United Press" über seine politischen Ziele. Zunächst sprach er von der deutschen Forderung nach wirtschaftlicher und politischer Gleichberechtigung im Interesse einer Lösung der Weltkrisis. Im Zusammenhang mit dem "recht armseligen" bisherigen Ergebnis der Abrüstungskonferenz formulierte der Kanzler die deutsche Forderung auf Gleichberechtigung in der Rüstung wie folgt: "Nein, wir wollen ein Heer lediglich für unsere eigene Sicherheit und den Schutz unserer Grenzen, die keineswegs so gesichert sind wie die Grenzen Frankreichs. Das heißt nicht, daß wir ein Heer verlangen, das Mann für Mann so stark sein muß als das Frankreichs, sondern daß wir auf moralischer Ebenbürtigkeit und dem Recht bestehen, eine moderne militärische Ausrüstung zu besitzen."

Hinsichtlich der deutsch-franz.Beziehungen betont der Kanzler, daß er nie ein militärisches Bündnis zwischen Deutschland und Frankreich vorgeschlagen habe. Er habe jedoch bei Herriot gelegentliche Besprechungen zwischen den Generalstäben Deutschlands und Frankreichs angeregt, die dazu dienen sollten, Mißtrauen zu zerstreuen und beiden Staaten Sicherheit zu gewährleisten. Nach seiner Ansicht seien informelle Zusammenkünfte zwischen einigen Mitgliedern der Generalstäbe, die von Zeit zu Zeit stattfinden könnten, zweckmäßiger als ausgedehnte Diskussionen auf großen internationalen Konferenzen. Frankreichs Drängen nach Sicherheit sei eine Forderung, die Deutschland angesichts des Locarno-Vertrages, des Kelloggpaktes, der Entmilitarisierung der Rheinlandzone und anderer Garantien nicht verstehen könne. . . . .

H1864 -0006

. . . . Zum Schluß betont der Kanzler "die Enttäuschung, die in Deutschland Platz gegriffen hat, als der Erfolg der Lausanner Konferenz plötzlich durch die Art entwertet zu sein schien, in der das Gentleman-Abk. zwischen England, Frankreich, Italien und Belgien und der franz.-engl.Konsultativpakt ans Licht kamen und mißverstanden wurden." . . . .

31. Juli. Reichstagswahlen.

. . . . Die Gesamtzahl der 608 Mandate verteilt sich folgendermaßen: Soz. 133 (Stand v.Juni 1932: 136); Natsoz. 230 (110); Komm. 89 (78); Ztr. 75 (69); Dnat.Vp. 37 (42); D.Vp. 7 (27); Landv. 1 (18); Bayer.Vp. 22 (19); Wirtschp. 2 (21); D.Staatsp. 4 (16); Chr.-soz.V. 3 (21); D.Bauernp. 2; Württ.Bauernbd. 2; Volksrechtsp.1. . . . .

1. August. Reichskanzler v.Papen erklärt in einem Interview dem Vertreter des amerik.Nachrichtenbüros Associated Press... Hinsichtlich Adolf Hitlers sei der Augenblick gekommen, da die natsoz.Bewegung am Wiederaufbau des Vaterlandes tätig mithelfen müsse. Auf die Frage, was er mit seiner Anspielung auf eine mögliche Verfassungsrevision in seiner letzten Rundfunkansprache gemeint habe, antwortet der Kanzler: Der jetzige Reichstag besitzt, so wie er gegenwärtig aus einer einzigen Kammer besteht, nicht die Gegengewichte und Ausgleiche, die z.B. Ihr amerik.Kongreß im Senat besitzt. Unser Reichsrat, unser Bundesrat, kann nicht mit Ihrem Senat verglichen werden. Seine Befugnisse sind weit geringer. Ich bin der Auffassung, daß Deutschland ein Oberhaus braucht. Ich hoffe, daß unser Wahlsystem in dem Sinne revidiert werden wird, daß die persönliche Verantwortung des Reichstagsmitgliedes wiederhergestellt wird. Die Frage der Staatsform stand bei der Wahl nicht zur Debatte. Das ganze deutsche Volk ist darum besorgt, sein Haus in Ordnung zu bringen, und wir haben keine Zeit, an die Staatsform zu denken. . . . .

8. Aug. Reichskanzler v.Papen kehrt nach Berlin zurück.

. . . . In einer offiziösen Erklärung hierzu wird erneut betont, daß durch den Ausfall der Wahlen die Notwendigkeit eines Präsidialkab. unterstrichen worden sei. Eine Beteiligung von Persönlichkeiten aus der Natsoz.P. an der Regg. werde aber für durchaus nützlich gehalten, wobei Voraussetzung bleibe, daß der Charakter des Kab. als einer überparteilichen Regg. aufrechterhalten bleibe. Es werde sich nur darum handeln können, für die einzelnen Ämter "geeignete Persönlichkeiten" zu berufen. . . . .

H1864 - 0007

H1864 – 0008



9. Aug. Erlaß der Vo.en gegen den Terror.

Während die Terrorakte der sich bekämpfenden radikalen Parteien ihren schrecklichen Fortgang nehmen, schließt das Kab. seine Beratungen über die Gegenmaßnahmen ab. Der von den Beschlüssen telefonisch unterrichtete Reichspräs., der in Neudeck weilt, erteilt sofort seine Zustimmung und erläßt die Notvo.en. Die Vo. gegen politischen Terror stellt politische Gewalttaten unter schwerste Strafdrohungen, für die ernstesten Fälle wird die Todesstrafe angedroht. . . . .

10./12.Aug. Verhandlungen mit dem Führer der natsoz. Bewegung, Adolf Hitler.

Nach einer "vorfühlenden Besprechung zwischen Reichswehrmin. v.Schleicher und Hitler, der dabei seinen Anspruch auf eine führende Rolle im Kab. angemeldet hat, nimmt der Reichskanzler selbst die Verhandlungen in die Hand. Die sich ergebende Situation ist durch folgende Momente bestimmt: Hitler verlangt den Reichskanzlerposten, v. Papen und v.Schleicher machen die Erfüllung dieser Forderung von bestimmten Bedingungen abhängig, auch das Ztr. nimmt eine zustimmende Haltung ein, wünscht geradezu die volle Belastung Hitlers mit der Verantwortung, allerdings unter der Voraussetzung einer formellen Koalition zwischen Natsoz. und Ztr. Reichspräs. v. H i n d e n b u r g aber, dem nach seiner Rückkehr aus Neudeck der Kanzler am 10.Aug. sofort Vortrag über die Lage hält, erhebt sehr starke Bedenken gegen eine Kanzlerschaft Hitlers, er will Hitler lediglich den Posten eines Vizekanzlers anvertraut wissen. Eine sogg. Präsidialregg., eine "von den Parteien und dem Parlament sich ablehnende und unabhängige Regg." könne nicht von einem Kanzler Hitler geführt werden. V. P a p e n nimmt sodann die Besprechungen mit den Parteiführern auf. K a a s , der Führer des Ztr., fordert die sog. Totallösung der Krise durch volle verantwortliche Einbeziehung der ehem. Opposition in die Reichsregg.

13. Aug. Die Verhandlungen mit Hitler scheitern.

. . . . "Reichspräs. v.Hindenburg empfing heute Nachmittag in Gegenwart des Reichskanzlers v. Papen den Führer der NSDAP.Adolf Hitler zu einer Besprechung über die politische Lage und die Frage einer Umbildung der Reichsregg. Der Reichspräs. richtete an Hitler die Frage, ob er bereit sei, selbst wie mit anderen geeigneten Persönlichkeiten der NSDAP. in die von dem Reichskanzler v.Papen geleitete Regg. einzutreten. Herr Hitler verneinte dies und stellte an den Herrn Reichspräs. die Forderung, ihm die Führung der Reichsregg. und die gesamte Staatsgewalt in vollem Umfang zu übertragen. Reichspräs. v.Hindenburg lehnte diese Forderung sehr bestimmt mit der Begründung ab, daß er es vor seinem Gewissen und seinen Pflichten dem Vaterlande gegenüber nicht verantworten könne, die gesamte Regg.sgewalt ausschließlich der natsoz.Bewegung zu übertragen, die diese Macht einseitig anzuwenden gewillt sei. Er bedauerte, daß Herr Hitler sich nicht in der Lage sehe, entsprechend seinen vor den Reichstagswahlen abgegebenen Erklärungen eine vom Vertrauen des Herrn Reichspräs. berufene Nationalregg. zu unterstützen. . . . .

H1864-0009



22. Aug. Das Sondergericht in Beuthen fällt Todesurteile gegen die fünf Natsoz. (Kottisch, Müller, Wollnitza, Grüpner und Lachmann), die den kom.Arbeiter Pietrzuch in Potempa getötet haben.
An gleichen Tag spricht das Brieger Sondergericht das Urteil im Prozeß wegen der Ohlauer Vorgänge (vgl.S.113). Die Hauptangeklagten werden wegen schweren Landfriedensbruch und Aufruhr mit Zuchthaus bestraft. Im Gegensatz zum Beuthener Urteil fällt dieses Urteil noch nicht unter die neue Terrorvo.
H i t l e r richtet an die in Beuthen zum Tod verurteilten Parteigenossen folgendes Telegramm: "Meine Kameraden! Angesichts dieses ungeheuerlichsten Bluturteils fühle ich mich mit Euch in unbegrenzter Treue verbunden. Eure Freiheit ist von diesem Augenblick an eine Frage unserer Ehre. Der Kampf gegen eine Regg., unter der dieses möglich war, unsere Pflicht." - Ferner läßt Hitler im "Völk.Beob." einen großen Aufruf ergehen, . . . .

28. Aug. Das Wirtschaftsprogramm des Reichskanzlers.

Auf einer ao.Versammlung des Westf.Bauernvereins in Münster, der, abgesehen von seinem berufsständischen Charakter, politisch zum rechten Flügel des Ztr.zu rechnen ist, hält Reichskanzler v. P a p e n folgende programmatische Rede: Die Aufgabe der Regg. beschränkt sich nicht auf wirtschaftliche oder politische Einzelarbeit. Wir wollen den Grund legen für einen Neubau des deutschen Staates. Deshalb einige Worte über die Grundsätze einer n e u e n S t a a t s f ü h r u n g . Sie, die westfälischen Bauern, und ich, wir sind keine Revolutionäre, und wir sind nicht reaktionär. Wir fühlen uns innerlich gebunden an Scholle und an Heimat. Wir wissen, daß der Mensch die letzten Dinge dieser Welt nicht der eigenen intellektuellen Entscheidung unterwerfen kann und darf. Wir erkennen vielmehr an, daß wir dienende Glieder einer von Gott gegebenen Ordnung sind. Das nenne ich konservative Gesinnung. Eine solche Gesinnung beruht im Glauben an Gott. Die Pflege christlicher Erziehung in Familie und Schule muß deshalb am Anfang einer jeden Staatspolitik stehen. Kultur und Wirtschaft stehen in gleichem Maße unter dem ewigen Gesetz der Verpflichtung des einselnen gegenüber der Gesamtheit. Wirtschaften, sei es in privater, sei es in öffentlicher Verantwortung, soll deshalb nicht dem Eigennutz, sondern dem Gemeinnutz dienen. Konservative Gesinnung fordert eine Staatsgewalt, die auf Autorität gegründet ist. Sie darf kein Spielball sein für die Kräfte der Gesellschaft, weder für Parteien noch für Interessentengruppen, und jeder Schritt, den wir in der Richtung einer wahrhaft unabhängig dem Dienst des ganzen Volkes gewidmeten Staatsführung tun können, ist eine Erfüllung des Ideals einer Staatsführung, die auf Autorität und Gerechtigkeit beruht. Diese Grundsätze christlich=konservativer Gesinnung müssen klar herausgestellt werden, weil sie heute auf das schärfste befehdet sind. Den Urteilen in Ohlau und Beuthen ist von rechts und von links ein Sturm gegenüber der gleichmäßigen Handhabung des Rechts gefolgt. Beide Seiten verlangen, den politischen Gegner außerhalb der Volksgemeinschaft und außerhalb des Rechts zu stellen. Im politischen Kampfe soll Totschlag und Rache erlaubt, soll der Gegner vogelfrei sein. Objektivität gilt als Schimpf. Solcher Verwilderung der politischen Moral entgegenzutreten, ist die Pflicht der Staatsgewalt. Ich kenne kein Recht, das nur das Kampfmittel einer Klasse oder einer Partei ist. Das ist eine marxistische Auffassung,

die ich ablehne, auch wenn sie von Natsoz. ausgesprochen wird; denn sie schlägt jeder deutschen und christlichen Rechtsauffassung ins Gesicht. Ich bekenne mich zu dem Glauben an ewige Rechtsnormen, aus denen auch der altpreuß.Grundsatz geformt ist: "Jedem das Seine". Es ist die Tradition Preußens von seinen großen Königen her, daß nur der zur Führung der Nation zugelassen werden kann, der sich freiwillig in ihre Gesetze einordnet. Die Zügellosigkeit, die aus dem Aufruf des Führers der natsoz. Bewegung spricht, paßt schlecht zu den Ansprüchen auf die Staatsregg. (Stürm.Beifall.) Ich gestehe ihm nicht das Recht zu, die Minderheit in Deutschland, die seinen Fahnen folgt, allein als die deutsche Nation anzusehen und alle übrigen Volksgenossen als Freiwild zu behandeln. Wenn ich heute gegen H i t l e r für den Rechtsstaat, für die Volksgemeinschaft und für eine Ordnung in der Staatsführung eintrete, so verfolge ich und nicht er das Ziel, das Millionen seiner Anhänger im Kampfe gegen Parteiherrschaft, gegen Willkür und Ungerechtigkeit jahrelang mit heißem Herzen herbeigesehnt haben. Diese Regg. hat vom ersten Tage an das Ziel verfolgt, der großen vaterländischen Freiheitsbewegung, deren historische Verdienste um Deutschland jedermann anerkennen muß, den Weg zur positiven Mitarbeit am Neubau des Reiches frei zu machen. Ich kann nicht glauben, daß diese große deutsche Freiheitsbewegung sich auf die Dauer in bewußtem schroffen Gegensatz zu den Zielen einer Regg. stellen wird, deren Gedanken nur und ausschließlich auf Deutschlands Zukunft gerichtet sind. . . .

4.Sept. Erlaß der Notvo. zur Belebung der Wirtschaft.

. . . . Aus den umfangreichen Bemerkungen zu den einzelnen Abschnitten der Vo. sei folgendes hervorgehoben:
I. E n t l a s t u n g d e r W i r t s c h a f t :
Da eine sofortige Steuersenkung unmöglich war, wurde in dem System der S t e u e r g u t s c h e i n e ein Ausgleich zwischen den Interessen der öffentlichen Hand und denen der Wirtschaft gefunden. . . . .

. . . . Den Gesamtbetrag der Steuergutscheine für Steuerschulden kann man mit 1522 Mill.RM, also mit etwas über 1 1/2 Milliarde RM annehmen . . . .

. . . . Das Reich wird für die Gewährung von Beschäftigungsprämien 700 Mill. RM bereitstellen. . . . .

12. Sept. (Reichstag) Auflösung.

. . . . Das handschriftliche A u f l ö s u n g s d e k r e t hat folgenden Wortlaut: Auf Grund des Art. 25 der RVerf. löse ich den Reichstag auf, weil die Gefahr besteht, daß der Reichstag die Aufhebung meiner Notvo. vom 4.Sept.d.J.verlangt. (Neudeck durchstrichen.) Berlin, den 12.Sept.1932. Der Reichspräs. gez. v. Hindenburg, Der Reichskanzler gez. v.Papen, Der Reichsmin. des Inneren gez. v.Gayl. . . . .

H1864-0010

H1864-0011



9

13.Sept.

. . . . Ungeachtet dieser klaren Rechtslage hat der Präs. des Reichstags an den Reichskanzler folgendes Schreiben gerichtet: An den Herrn Reichskanzler, hier. Der Reichstag hat in seiner Sitzung vom 12.Sept.1932 auf Grund des Antr. Torgler mit 512 bei 559 abgegebenen St. beschlossen:
1. Die Vo.des Reichspräs. zur Belebung der Wirtschaft vom 4.Sept.1932 ist mit sofortiger Wirkung aufzuheben.
2. Die Vo. der Reichsregg. zur Vermehrung und Erhaltung der Arbeitsgelegenheit vom 5.Sept.1932, erlassen auf Grund der Vo. des Reichspräs. über Maßnahmen zur Erhaltung der Arbeitslosenhilfe und der Sozialversicherung sowie zur Erleichterung der Wohlfahrtslasten der Gemeinden vom 14.Juni 1932 ist mit sofortiger Wirkung aufzuheben. 3. Der Reichstag entzieht der Reichsregg. v.Papen das Vertrauen. gez. Göring. . . . .

1. Okt. Interview des Reichskanzlers.

Der Chefredakteur der "République" wurde vom Reichskanzler v.Papen empfangen, der erklärte, daß er in Lausanne dem franz. MinPräs.Herriot den Wunsch ausgedrückt habe, Frankreich und Deutschland möchten einen Konsultativpakt miteinander unterzeichnen, um zu vermeiden, daß eine Initiative irgendwelcher Art, die von dem einen oder anderen Staat ergriffen werden könnte, die Beziehungen zwischen den beiden Ländern trübe.. . . .

11./12.Okt. (Bayern) Der Besuch des Reichskanzlers in München.

. . . . Am 12. hält v.Papen vor dem Bayer.Industriellenverband eine programmatische Rede, in der er u.a. folgendes ausführt: . . . .

. . . . Wie Ihnen bekannt ist, hat die Entwicklung des Arbeitsmarktes im vergangenen Monat mit einer Nettoabnahme der Arbeitslosenzahl um 123 000 Arbeitslose abgeschlossen. Im Gegensatz dazu brachte der Septembermonat des vorigen Jahres eine Zunahme der Arbeitslosigkeit um 140 000 Arbeitslose. . . . .

. . . . Alle unsere großen Parteien sind sich in der Erkenntnis der R e f o r m bedürftigkeit der V e r f a s s u n g einig. Der Führer des Ztr. (Dr.Kaas) hat bekanntgegeben, daß er demnächst ein Verfassungsprogramm verkünden werde, und es sollte mich freuen, wenn er aus den Erkenntnissen, die er schon vor vier Jahren über die Notwendigkeit einer stabilen Regg. ausgesprochen hat, jetzt dieselbe Folgerung zieht wie ich. Ich stimme auch dem Staatsrat Schaeffer zu, daß die Periode der Gesetzgebung durch den Art. 48 einmal abgeschlossen werden muß. Das aber kann nur durch ein neues Verfassungswerk geschehen, welches das Verhältnis zwischen Staat und Volk und zwischen Reichsgewalt und Ländern in klarer Erkenntnis der Notwendigkeit der Zukunft und in Würdigung der historischen Staatspersönlichkeiten neu bestimmt. Wir wollen eine machtvolle und überparteiliche Staatsgewalt schaffen, die nicht als Spielball von den politischen und gesellschaftlichen Kräften hin= und hergetrieben wird, sondern über ihnen unerschütterlich steht wie ein "rocher de

H1864-0012



bronce". An den großen Grundgesetzen, die der Teil II der Weimarer Verf. enthält, soll man nicht rütteln, aber die Formen des politischen Lebens gilt es zu erneuern. Die Reichsregg. muß unabhängiger von den Parteien gestellt werden, ihr Bestand darf nicht Zufallsmehrheiten ausgesetzt sein. Das Verhältnis zwischen Regg. und Volksvertretung muß so geregelt werden, daß die Regg. und nicht das Parlament die Staatsgewalt handhabt. Als Gegengewicht gegen einseitige, von Parteiinteressen herbeigeführte Beschlüsse des Reichstags bedarf Deutschland einer besonderen Ersten Kammer mit fest abgegrenzten Rechten und starker Beteiligung an der Gesetzgebung. Heute ist das einzige Korrektiv gegen das überspitzte parlamentarische System und gegen das Versagen des Reichstags die Verordnungsgewalt des Reichspräs. auf Grund des Art. 48 der RVerf. Sobald aber wieder stetige und normale Verhältnisse herrschen, wird auch kein Anlaß mehr sein, den Art. 48 in der bisherigen Weise anzuwenden. Die Reichsregg. beabsichtigt, die Verfassungsreform in engem Einvernehmen mit den Ländern durchzuführen. Die geschichtlich gewordenen deutschen Staatsgebilde sollen nicht vergewaltigt werden. Die Reichsregg. lehnt jede Maßnahme ab, die unmittelbar oder mittelbar eine Zerschlagung Preußens bedeutet. Eine Auflösung des preuß.Staatsgefüges, eine Auflockerung der in langer Geschichte gewordenen Einheit, eine Aufgabe der Ost=West-klammer, können nicht die Grundlage einer Reichsreform bilden, wie sie der Reichsregg. vorschwebt. Die Erhaltung Preußens dürfte auch von den anderen Ländern als Sicherung gegen eine Mediatisierung der außerpreuß.Länder betrachtet werden. Das Schwergewicht der Reform muß in der Beseitigung des allgemeinen auch von bayer.Seite beklagten Dualismus zwischen Reich und Preußen liegen. Dies Ziel wird durch die Zusammenfügung der wichtigsten Organe des Reiches und Preußens erreicht werden. Im Zusammenhang damit wird es durchaus möglich sein, den übrigen Ländern die gerade von bayer.Seite erstrebte Verfassungsautonomie zu gewähren. Auch die durch Art. 18 der Weimarer Verf. beseitigte Gebietsautonomie für die lebensfähigen und lebenswilligen Länder kann wieder hergestellt werden. . . . .

. . . . Man hat gesagt, daß, im Zusammenhang der Nachkriegsentwicklung gesehen, der 13. A u g u s t dieses Jahres ein Schicksalstag gewesen sei. Jener Tag sollte der Synthese aller wahrhaft nationalen Kräfte dienen, welche die Reichsregg. seit Beginn ihrer Tätigkeit proklamiert, gefordert, erhofft hatte. Es galt, die große und verdienstvolle Bewegung des N a t i o n a l s o z i a l i s m u s in die verantwortungsvolle Mitarbeit im Reiche einzugliedern. Aber unser Ruf hat keinen Widerhall gefunden. Es ist eine historische Fälschung, wenn heute behauptet wird, ich, der Kanzler, habe den Nationalsozialismus von der Ergreifung der Verantwortung ferngehalten. Das Angebot des 13.Aug. gab der NSDAP. einen Anteil an der Macht im Reiche und Preußen, der ihr entscheidenden Einfluß gesichert hätte. Herr Hitler hat dieses Angebot nicht angenommen, weil er glaubte als Führer einer Bewegung, die sich auf 230 parlamentarische Mandate stützt, den Kanzlerposten beanspruchen zu müssen. Er hat diesen Anspruch erhoben aus dem Prinzip der "Totalität", der "Ausschließlichkeit" heraus dem seine Partei huldigt. Es ist deshalb eine ebenso falsche Darstellung des Tatbestandes, die richtigzustellen ich die Pflicht habe, wenn die NSDAP. heute behauptet, sie habe gar nicht alle Macht gefordert, sondern sei bereit gewesen, auch noch andere, nicht der Bewegung angehörige Männer an der Regg. zu beteiligen. Hätte ein solches Zugeständnis denn an ihrem Anspruch auf die ausschließliche Führung irgend etwas geändert? Es ist bekannt, daß der Herr Reichspräs., dem allein die Berufung des Kanzlers zusteht, diesen Anspruch der Totalität abgelehnt hat. Warum er ihn abgelehnt hat, kann nicht zweifelhaft sein. Eine persönliche Abneigung etwa gegenüber dem Führer der Bewegung kann gar

H1864 -0013



nicht in Frage kommen, denn der Herr Reichspräs.steht turmhoch über solchen Erwägungen. Es sind ausschließlich prinzipielle Beweggründe gewesen, die das Urteil des Staatsoberhauptes geformt haben. Das Wesenhafte konservativer Weltanschauung ist ihre Verankerung in der göttlichen Ordnung der Dinge. Das ist auch ihr grundsätzlicher Unterschied von der Doktrin, welcher die NSDAP. huldigt. Ihr Grundsatz der "Ausschließlichkeit" des politischen "alles oder nichts", ihr mystischer Messiasglaube an den wortgewaltigen Führer als den einzigen zur Leitung der Geschicke Berufenen gibt ihr den Charakter einer politischen Konfession. Und eben darin sehe ich den unüberbrückbaren Unterschied zwischen einer konservativen Politik aus dem Glauben und einem natsoz.Glauben aus Politik. Mir scheint, daß Namen und Personen heute, wo es um Deutschlands endgültiges Schicksal geht, völlig gleichgültig sind. Was die Nation fordert, ist dieses: Von einer Bewegung, die die nationale innere und äußere Freiheit auf ihre Fahnen geschrieben hat, verlangt sie, daß sie in jedem Augenblick und in jeder Lage so handelt, als ob sie das geistige, soziale und politische Gewissen der Nation wäre. Handelt sie nicht so - handelt sie nach taktischen Gesichtspunkten, nach Gesichtspunkten der parlamentarischen Demokratie, der Massenwerbung mit demagogischer Verhetzung, mit den Mitteln proletarischen Klassenkampfes, dann ist sie keine Bewegung mehr, dann ist sie politische Partei geworden. Und an Parteien ist das Reich doch wahrlich fast zugrunde gegangen. Man kann eben nicht auf der einen Seite Massen und Majoritäten mitleidlos verachten, wie es Herr Hitler tut, und auf der anderen Seite sich der Parlamentsdemokratie unterwerfen, so unterwerfen, daß man mit dem Bolschewismus Resolutionen gegen eine Regg. beschließt. . . . .

6. Nov. Reichstagswahlen.

Ergebnis: Zahl der gültigen St. 35 471 745,584 Sitze, die sich wie folgt verteilen: Natsoz. 11 705 256 St. = 196 S.; Soz. 7 231 404 = 121, Komm. 5 970 833 = 100, Ztr. 4 228 32 = 70, Dnat. 3 061 626 = 51, D.Vp. 659 703 = 11, Staatsp. 337 871 = 2, Chr.=soz. Vd. 412 523 = 5, Bayer.Vp. 1081 595 = 19, Wirtschp. 110 117 = 2, Thür.Landb.(Dnat.) 60 065 = 1 D.=Hann. 63 999 = 1, D.Bauernp. 195 368= 3, Württ.Bbd. (Dnat.) 105 188 = 2, . . . .

8. Nov. Rede des Reichskanzlers vor der ausländischen Presse.

. . . . Mancher, der heute im Ausland die Stärke unserer radikalen Strömungen mit Besorgnis verfolge, werde sich gestehen müssen, daß diese ihre stärksten Antriebe aus den politischen Methoden erhalten hätten, die man seit 1918 von außen her gegen uns angewandt habe. Aus diesem geschichtlichen Zusammenhang von Innen- und Außenpolitik ergebe sich für das deutsche Volk die schicksalhafte Aufgabe, eine Gestalt für seine Staatsführung zu finden, welche den dauernden Notwendigkeiten seiner Lage in Mitteleuropa und den besonderen Schwierigkeiten seiner heutigen Situation in gleicher Weise entspreche. Die erste Vorbedigung hierzu sei die Wiederherstellung der vollen Hoheit des Staats und die Einrichtung einer stetigen, machtvollen Regg.sgewalt. Eine solche autoritäre Staatsführung stehe nicht in Widerspruch zu dem Grundsatz der Demokratie. Der Kanzler betont, daß die Herstellung einer starken deutschen Staatsgewalt nicht nur eine Lebensnotwendigkeit für Deutschland, sondern das zentrale Problem Europas sei, und unterstreicht mit Nachdruck,daß

nicht eher Ruhe und Frieden in Europa herrschen werde, bis man dem deutschen Volk die lebensnotwendigen Voraussetzungen zugestanden habe. Der Kanzler entwickelt sodann die deutschen außenpolitischen Forderungen und Ziele: Revision des Versailler Vertrags durch friedliche Verständigung, internationale Zusammenarbeit zwecks Überwindung der Weltwirtschaftskrise, als politische Voraussetzung hierfür die Durchführung der großen Grundsätze der Gleichberechtigung und des Selbstbestimmungsrechts der Völker auf allen Gebieten. . . . .

. . . . Es ist unbestreitbar, daß, wenn es gelingt, allen Heeren den Charakter reiner Defensivmittel zu geben, wir einen entscheidenden Schritt in der moralischen Abrüstung und Befriedung der Welt vorwärtsgekommen sein werden. Nur durch gleiches Wehrsystem mit gleicher Bewaffnung, deren Potential der Länge und Verwundbarkeit der Grenzen, wie der Zahl der Nachbarn angepaßt sein muß, läßt sich auch gleiche Sicherheit für alle Völker erzielen. Die deutsche Regg., die den Frieden wünscht, weil sie wie keine andere Nation der Welt der Segnungen des Friedens bedarf, stellt ihre Politik unter den Gesichtspunkt wirklicher, allgemeiner Abrüstung. Sie wird jede Maßnahme begrüßen, welche die Defensivkraft im Gegensatz zur Angriffskraft stärkt, und Deutschlands Anspruch auf gleiches Recht und gleiche Sicherheit verwirklicht. . . . .

3.Dez. Der Reichspräs.ernennt das neue Kab. Schleicher in folgender Zusammensetzung: Reichskanzler und Reichswehrmin.: v. S c h l e i c h e r ; Äußeres: v. N e u r a t h ; Finanzen: Graf v. S c h w e r i n = K r o s i g k ; Justiz: Dr. G ü r t n e r ; Verkehr: E l t z v. R ü b e n a c h ; Arbeit: Dr. S y r u p ; Inneres: Dr. B r a c h t ; Wirtschaft: Dr. V a r m b o l d ; Ernährung: Frhr. v. B r a u n ; Reichskommissar für Arbeitsbeschaffung: Dr. G e r e k e ; Reichsmin.ohne Portefeuille: Dr. P o p i t z . . . . .

H1864 – 0014

H-1864

V. PAPEN EXH. 1

Filed June 14, 1946
H B Willey
Secy.

V. P A P E N DOK. NR. 1

V. Papen Exh. No. 1

H1864 - 0015